

Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)

Frage 1 zur Wohnungspolitik

Unter Zustimmung der SPD und der CDU wurden in den Jahren 2004 bis 2007 unter Ex-OB Hoffmann rd. 1.000 Wohnungen der stadteigenen Nibelungen Wohnungsbaugesellschaft an eine private Wohnungsgesellschaft verkauft. Eine Wohnung kostete etwa 18.000 Euro!

Werden der Nibelungen Gelder in vergleichbarer Höhe wieder zugeführt werden, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken? Sollen weitere Wohnungen verkauft werden und wie/wo sollen sozial Schwache zukünftig in der Stadt wohnen können?

Antwort

Nach Meinung der Braunschweiger SPD muss es das Ziel sein, bei allen zukünftigen Investitionen im Wohnungsbau eine Quote sozial geförderten Wohnungsbaus festzuschreiben. Dieses soll einerseits dazu dienen, in diesem lange vernachlässigten Preissegment zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, andererseits aber auch die Herausbildung weiterer sozialer Brennpunkte vermeiden. Die SPD-Ratsfraktion hat zu diesem Zweck einen Antrag für ein „Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen in Braunschweig“ vorgelegt, der im September in den Rat gehen wird. Neben der Einführung eines kommunalen Handlungskonzepts soll über den Ankauf und die Reaktivierung von Bindungsrechten verhindert werden, dass in den kommenden Jahren mehrere hundert Wohnungen aus der Preisbindung herausfallen. Die Braunschweiger SPD ist somit die einzige Partei, die in dieser Fragestellung aktiv Politik für bezahlbares Wohnen in der Stadt betreibt!

Die Nibelungen-Wohnbau-GmbH setzt auf eine Strategie der sozialen Durchmischung der Stadtquartiere. Das heißt, dass gerade in den Neubaubereichen Nördliches Ringgebiet und Alsterplatz, aber auch in den gewachsenen Quartieren, z. B. in der Weststadt und im Siegfriedviertel, Wohnungen in unterschiedlichen Preislagen angeboten werden. Dabei ist der sozial geförderte Wohnungsbau ebenso vertreten wie frei finanzierte Wohnungen mit einem marktüblichen Preis von über zehn Euro pro Quadratmeter.

Eine Zuführung von Geldern an die Nibelungen-Wohnbau-GmbH wird es in der genannten Form nicht geben. Vielmehr konnte mit der zu Beginn des Jahres geschlossenen Vereinbarung über die Gewinnverwendung erreicht werden, dass unter dem Strich bei einer für die nächsten Jahre positiven Gewinnerwartung deutlich mehr Geld im Unternehmen verbleibt. Darüber hinaus werden durch eine Einmalzahlung in Höhe von 1,8 Millionen Euro im Jahr 2018 Investitionsausgaben der Nibelungen-Wohnbau-GmbH für die Erschließung des Nördlichen Ringgebietes ausgeglichen.

Insgesamt ist es der Nibelungen-Wohnbau-GmbH gelungen, ihre recht niedrige Eigenkapitalausstattung in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu steigern. Darauf muss auch in der Zukunft ein besonderes Augenmerk gelegt werden, um der Gesellschaft den unternehmerischen Freiraum zu geben, weitere Wohnbauprojekte zu realisieren.

Für bezahlbaren Wohnraum hat sich die SPD auch auf Bundes- und Landesebene eingesetzt: Es wurden Instrumente wie die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze zur Verfügung gestellt, die auch in Braunschweig Anwendung finden werden.

Frage 2 zur Umweltpolitik

Die Stadt hat in der Vergangenheit Grünflächen in der Innenstadt und an ihrem Rand zur Bebauung freigegeben und an Investoren verkauft. Zum Beispiel den Schlosspark, Kleinpark an der Gördelinger Straße (heute BZ), Krankenhauspark Langer Kamp. Wie sollte die Stadt diesen Verlust unter stadtklimatischen Gesichtspunkten kompensieren und wie werden sie sich verhalten, wenn weitere Investoren auftreten, um bewachsene Flächen zu bebauen?

Antwort

Generell sind wir im Moment in der Situation, dass zwischen der Nutzung von Freiflächen – insbesondere für den Wohnungsbau – und den nicht zu vernachlässigenden klimatischen Auswirkungen, die jede Versiegelung von Flächen in der Stadt mit sich bringt, abgewogen werden muss. Bei zahlreichen Planungsüberlegungen hat die SPD-Ratsfraktion in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass bestehende Grünbereiche erhalten bleiben (z. B. Kleingarten- oder Naherholungsbereiche). Durch die Fortführung des Ringgleises werden sich zudem neue klimatisch wichtige Grünbereiche herausbilden.

Außerdem werden zum Beispiel im Bereich des Nördlichen Ringgebiets mit dem Stadtanger und dem Nordpark neue Grünbereiche geschaffen, die ebenfalls für einen wichtigen klimatischen Ausgleich sorgen werden. Zusätzlich kann über die Einrichtung von Pocketparks und die Freigabe von ungenutzten öffentlichen Flächen für nachbarschaftliches Gärtnern (Urban Gardening) ein wichtiger Ausgleich für das Mikroklima in den einzelnen Stadtteilen erreicht werden. Dies unterstützen wir als Braunschweiger SPD.

Frage 3 zur Kulturpolitik

Die SBK ist für die kulturelle Entwicklung der Stadt von erheblicher Bedeutung. Sie bestimmt durch ihre Förderpolitik mit über das kulturelle Leben der Stadt. Der Landesrechnungshof hat die SBK kritisiert, weil sie erhebliche Mittel nicht im Sinne der Stiftungssatzung vergeben haben soll, indem sie in größerem Umfang Eigenwerbung betrieben hat. Welche Politik, z. B. Personalpolitik, werden sie hinsichtlich der SBK betreiben?

Antwort

Oberbürgermeister Ulrich Markurth hat am 21. Juni 2016 im Rat der Stadt Braunschweig erklärt, dass das Amt des Präsidenten der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz (SBK) im Sommer 2017 im Einvernehmen mit dem derzeitigen Präsidium neu besetzt werden soll. Die SPD-Ratsfraktion wird den Vorschlag der Verwaltung zur Neubesetzung der Position durch ihre Vertreter im Verwaltungsausschuss aufmerksam verfolgen und bei Bedarf mit den zuständigen Organen Rücksprache halten und eigene Vorstellungen benennen. Wir sind uns jedoch sicher, dass Oberbürgermeister Markurth und die Verwaltung hier mit Weitsicht handeln und entscheiden werden.

Weder die rot-grüne Landesregierung noch die Braunschweiger SPD teilen die Kritik des Landesrechnungshofs an der SBK. Die SBK nimmt im Sinne ihrer Aufgabenstellung wichtige Aufgaben für die Stadt Braunschweig und die Region wahr.

Zu Frage 4 zur Kulturpolitik

Die Kultur unserer Stadt wird erheblich durch die engagierten Bürgerinnen und Bürger in diversen ehrenamtlich geführten Initiativen gestaltet. Diese Initiativen sind oft das Gesicht der Stadt weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wie werden sie diese Initiativen zukünftig verstärkt fördern, zumal, wenn diese Initiativen öffentlich aktiv zum Wohle der Stadt agieren?

Antwort

Die Braunschweiger SPD bekennt sich in ihrem Wahlprogramm eindeutig zur Unterstützung der genannten Organisationen. Bereits in der vergangenen Wahlperiode ist es uns gelungen, soziale und kulturelle Verbände, sowie ehrenamtliche Initiativen nach Jahren des finanziellen Kahlschlags wieder zu stärken. Wir sehen in ihnen einen zentralen Baustein für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und die hohe Lebensqualität in Braunschweig.

Exemplarisch ist dabei sicherlich das von uns zentral begleitete Projekt „Soziale Stadt“ im Westlichen Ringgebiet zu nennen, in dem auch verschiedene kulturelle Einrichtungen initiiert und gefördert worden sind, deren Arbeit das Leben der Bürgerinnen und Bürger enorm bereichert.

Um die Kulturförderung in der Stadt Braunschweig, die vom Staatstheater bis zu ehrenamtlichen Initiativen reicht, perspektivisch weiterzuentwickeln, haben wir das Entwicklungskonzept Soziokultur auf den Weg gebracht, das wir auch nach der Wahl fortschreiben und stets an aktuelle Bedürfnisse der vielfältigen Kulturszene Braunschweigs anpassen möchten.

Am Westbahnhof entstehen auf Initiative der SPD-Ratsfraktion ein neues soziokulturelles Zentrum und auf private Initiative eine Veranstaltungshalle. Der Verein Kufa e. V. soll Träger des soziokulturellen Zentrums werden und erhält bereits bis zur Inbetriebnahme des Zentrums bereits Kulturfördermittel der Stadt Braunschweig. Entsprechende Beschlüsse wurden in den Ratsgremien gefasst. Darüber hinaus setzt sich die SPD-Ratsfraktion für die Förderung bestehender Einrichtungen wie der Brunsviga und der DRK-Kaufbar ein.

Frage 5 zur Politikentfremdung und Radikalisierung

Welche Planung hat ihre Partei/Gruppierung hinsichtlich der politikverdrossenen Strömungen in der Bevölkerung? Was werden sie den Bürgern außerhalb einer Parteimitgliedschaft anbieten?

Antwort

Für die SPD ist es unerlässlich, im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu stehen und diese auch in ihre Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Gerade in der Kommunalpolitik ist dieser direkte Dialog notwendig und auch umsetzbar. Heutzutage muss jede mögliche Kommunikationsform genutzt werden, um die Menschen zu erreichen und ihnen mit einer maximalen Transparenz die Arbeit der Politik zu erklären. Nur so können Vorurteile und teilweise gezielte Desinformationen verhindert werden, die die Bürgerinnen und Bürger verunsichern. Neben traditionellen Formen wie Informations- und Diskussionsveranstaltungen und Bürgersprechstunden hat die Braunschweiger SPD mit neuen Formaten, wie einem Kandidaten-Blog zur Wahl (www.bsbewegen.de) reagiert und ver-

sucht generell, das Internet stärker in die Öffentlichkeitsarbeit einzubinden. Die Facebook-Seite der SPD-Ratsfraktion wird aktiv gepflegt, die Ratsmitglieder nutzen selbst die Kommentarfunktion und stehen im Dialog mit den Menschen. Ergänzend ist geplant, perspektivisch eine eigene Online-Zeitung zu betreiben, die über die politische Arbeit informieren soll.

Es liegt an den Parteien, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. In Braunschweig sehen wir uns hier aber grundsätzlich auf einem guten Weg. Insbesondere das von der SPD initiierte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ist zukunftsweisend. Aus ihm ist in der vergangenen Wahlperiode der Bürger-Beteiligungsprozess „Denk Deine Stadt“ entstanden, in dem alle Braunschweigerinnen und Braunschweiger die Möglichkeit haben, aktiv und langfristig das Zusammenleben in der Stadt mit zu beeinflussen. Durch diese Form der Teilhabe nehmen wir die Bürgerinnen und Bürger mit und wollen sie aktiv für Politik begeistern – ganz gleich ob sie Parteimitglied sind oder nicht. Als SPD werden wir den Prozess „Denk Deine Stadt“ intensiv weiter begleiten und fördern.

Konkret zur Wahl hat sich die Braunschweiger SPD einem Aufruf verschiedener gesellschaftlicher Institutionen und Personen angeschlossen, der helfen soll, die Wahlbeteiligung zu steigern. Generell bekennt sich die Braunschweiger SPD für eine möglichst enge Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen und ehrenamtlichen Einrichtungen in der Stadt, um unserer Vision der sozialen Stadt Stück für Stück näher zu kommen.

Frage 6 zur Finanzpolitik

Nach dem Finanzwunder von Braunschweig ist Ernüchterung eingeleitet. Die Schuldenlage der Stadt scheint nicht klar zu sein. Wird es einen Kassensturz geben, um die Schulden der Stadt eindeutig beziffern zu können?

Antwort

Der Haushalt für das Jahr 2016 wurde mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BİBS im Rat der Stadt Braunschweig verabschiedet. Zu dieser Entscheidung steht die SPD-Ratsfraktion nach wie vor. In dem Haushalt werden die Mittel für wichtige Investitionen bereitgestellt, die mit den politischen Zielen aus unserem Wahlprogramm (u. a. qualitative Kinderbetreuung, öffentlicher Nahverkehr, Förderung sozialer Einrichtungen) im Einklang stehen.

Gleichwohl hat das vergangene Jahr durch die VW-Krise gezeigt, dass die Einnahmen der Stadt Braunschweig noch zu stark von einzelnen Faktoren abhängen. Die SPD-Ratsfraktion will sich daher dafür einsetzen, die Einnahmen aus den Gewerbesteuern weiter zu erhöhen. Hier sehen wir – gerade im Vergleich zu anderen Städten vergleichbarer Größe – noch einige Potenziale. Entsprechend begrüßen wir auch Projekte wie das geplante interkommunale Gewerbegebiet zwischen Braunschweig und Salzgitter.

Eigene Frage 7 zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Erstmals seit Jahren fließen in die Region Braunschweig massiv Fördergelder zur Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Was möchte die SPD hier umsetzen?

Antwort

Die Braunschweiger SPD treibt das geplante Stadtbahnausbaukonzept derzeit massiv voran. Im Moment befinden sich die potenziellen Ausbaustrecken in der Bewertungsphase, um die nachfragestärksten Strecken und ihre Förderwürdig-

keit zu ermitteln. Es zeichnet sich ab, dass insbesondere die Strecken in den Süden Braunschweigs, aber auch die Verlängerung nach Volkmarode-Nord und aller Voraussicht nach auch die „Campusbahn“ gute Aussichten haben, langfristig realisiert zu werden. Das begrüßen wir ausdrücklich! Zielsetzung des Stadtbahnausbau ist es, mehr Menschen auf die Schiene zu bringen und in einem intelligenten Mobilitätsmix mit Car- und Bike-Sharing sowie E-Mobilität dafür zu sorgen, dass die Menschen innerstädtisch weniger mit dem eigenen Pkw unterwegs sind.

Um sicherzustellen, dass auch der ländliche Raum von dieser Stärkung profitiert, bildet der Ausbau von Anruf-Linien-Taxis eine weitere gute Alternative, gerade in der Verknüpfung mit Endhaltepunkten von Stadtbahnlinien und mit dem Regionalverkehr an Haltepunkten in der Region.

Ferner soll der Bedarf von interkommunalen Nachtbuslinien mit anderen Kommunen beraten werden. Durch die enge Zusammenarbeit von Braunschweiger und Landes-SPD ist es uns gelungen, nach jahrelangem Stillstand millionenschwere Regionalisierungsmittel in die Region zu holen. Diese eröffnen mit Blick auf die Mobilität auf dem Land völlig neue Möglichkeiten, unter anderem wird die Taktung der Regionalzüge deutlich verbessert werden.

Ergänzend möchten wir dafür sorgen, dass auch alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II in Braunschweig zukünftig kostenlos mit Bus und Bahn reisen können. Ein längst überfälliger Schritt sozialer Gerechtigkeit, der zusätzlich zu einer weiteren Attraktivität des Nahverkehrs beitragen wird. Entsprechende Gespräche werden zwischen Stadtschülerrat und SPD-Ratsfraktion bereits seit Monaten geführt.